Impulse

Gruppe Friedensentwicklung 07 / 2008

Inhalt

FriEnt-Team

FriEnt-Homepage informiert zu internationalen Prozessen 1

Mitgliedsorganisationen

EED/Misereor: Durchsetzung des Völkerrechts in Nahost 1

BMZ: Nürnberger-Erklärung an UN übermittelt 2

INEF: Publikation zur Menschlichen Sicherheit 3

Impuls

Stefan Meyer / Nils-Sjard Schulz: Geberharmonisierung und Demokratisierung 4

FriEnt Tipps & Infos

Französische EU-Präsidentschaft will ESVP stärken 6

Die EU und Zivilgesellschaft in der Konflikttransformation 7

Roadmap to 1325 8

Aktionsplan zur Umsetzung geschlechtergerechter Friedenspolitik? 8

FriEnt-Team

FriEnt-Homepage informiert zu internationalen Prozessen

Auf der FriEnt-Homepage können sich ab sofort Benutzerinnen und Benutzer umfassend über Strategien, Instrumente und aktuelle Entwicklungen der Friedensentwicklung und Krisenprävention durch die Europäische Union informieren. Neben einer kurzen Einführung finden sich auf der neu eingerichteten Seite aktuelle und grundlegende Literaturhinweise, interessante Linktipps und Berichte zu den FriEnt-Aktivitäten in diesem Bereich.

Mit dieser Erweiterung des Online-Auftritts verstärkt FriEnt sein Informationsangebot und ergänzt die bereits vorhandene internationale Ausrichtung der einzelnen Themen- und Länderseiten. Besondere Aufmerksamkeit liegt dabei auf den Strukturen und Reformen auf Ebene der Europäischen Union, die zu einem zunehmend wichtigen Akteur im Bereich der entwicklungspolitischen Friedensarbeit wird und gleichzeitig ihr Engagement sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich ausbaut.

Ins Blickfeld nimmt die Seite aber auch die aktuelle internationale Diskussion um die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik und fragt nach möglichen Auswirkungen auf Konfliktsituationen und das Verhältnis zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure in diesem Kontext. Denn auch hier ist die EU ein wichtiger Akteur – hat sie sich doch eine ambitionierte Reformagenda zur Verbesserung der Koordination und Wirksamkeit ihrer Entwicklungspolitik gegeben.

Weitere Informationen

Marc Baxmann
Marc.Baxmann@bmz.bund.de

Links & Literatur

Neu: Die EU und Friedensförderung auf der FriEnt-Homepage

Mitgliedsorganisationen

EED / Misereor: Rolle der EU bei Durchsetzung des Völkerrechts in Nahost

Welche Rolle spielt die Europäische Union im israelisch-palästinensischen Konflikt und welche Handlungsmöglichkeiten hat sie? Eine gemeinsame Broschüre des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) und MISEREOR mit dem Titel „Besat-

zung kennt Regeln der Menschlichkeit“ unterstreicht, dass die EU für die Einhaltung von Mindeststandards in den palästinensischen Gebieten und die Durchsetzung des Völkerrechts mitverantwortlich ist. Die Publikation gibt einen Einblick in die Situation der Menschen in den besetzten palästinensischen Gebieten und berichtet von der Arbeit der Menschenrechtsorganisation HaMoked. Sie stellt die wichtigsten Bestimmungen des humanitären Völkerrechts vor und beleuchtet die Rolle der Europäischen Union bei der Durchsetzung dieses Rechts.

Im politischen Dialog mit Vertretern aus Israel und den palästinensischen Gebieten betonen die EU-Mitgliedstaaten zwar, dass geltendes Völkerrecht beachtet werden müsse. Doch bei der praktischen Umsetzung von Verträgen akzeptiert die EU immer wieder Verstöße gegen das Völkerrecht. So kritisiert sie zum Beispiel den Bau von Siedlungen und Sperranlagen, nimmt aber stillschweigend hin, dass Israel seine Verträge mit der EU auch auf Siedlungen und annektierte Gebiete ausdehnt. Dadurch sind bis heute viele EU-Fördermittel in völkerrechtswidrige Siedlungen geflossen.

Dabei hat die EU selbst Instrumente geschaffen, mit denen sie die Einhaltung internationalen Rechts konsequenter einfordern kann. Im Jahr 2004 wurde im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung die „Europäische Nachbarschaftspolitik“ (ENP) aus der Taufe gehoben. Sie hat das Ziel, politische und wirtschaftliche Gräben zwischen der EU und ihren Nachbarn in den Mittelmeerländern zu überwinden. In bilateralen Verträgen und Aktionsplänen gibt die ENP auch Israel und der Palästinensischen Behörde Anreize für Reformen - unter anderem im Bereich der Menschenrechte und des internationalen Rechts. Hierdurch eröffnet sie neue Chancen, ihre Partner in Nahost zur Umsetzung des Völkerrechts zu bewegen.

Weitere Informationen

Christina Pfestroff, Gemeinsame Initiative humanitäres Völkerrecht Nahost, EED/MISEREOR
Christina.Pfestroff@eed.de

Links & Literatur

Besatzung kennt Regeln der Menschlichkeit. Was Europa zur Achtung des Völkerrechts in Nahost tun kann, EED/Misereor, 2008
Die Broschüre kann auch über vertrieb@eed.de kostenlos bezogen werden.

BMZ: Nürnberger Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit an UN übermittelt

Deutschland hat zusammen mit Finnland und Jordanien die „Nürnberger Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit“ an VN-Generalsekretär Ban Ki-Moon übermittelt. Die Nürnberger Erklärung spiegelt die Ergebnisse der internationalen Konferenz „Frieden und Gerechtigkeit – Bausteine der Zukunft“ wieder, die Deutschland, Finnland und Jordanien gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus vier Kontinenten und Teilnehmern aus über 60 Staaten Ende Juni 2007 in Nürnberg ausgerichtet hatten.

In der Erklärung werden konkrete Erfahrungen aus der Friedensvermittlung, der Förderung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Versöhnung beschrieben. Die Erklärung formuliert eine Reihe von Prinzipen und Empfehlungen, mit denen Frieden und Gerechtigkeit in Nachkonfliktsituationen verwirklicht werden sollen. Die "Nürnberger Erklärung" wurde von einem internationalen Expertenteam unter Schirmherrschaft des costaricanischen Präsidenten und Nobelpreisträgers Oscar Arias ausgearbeitet. Mit der Weiterleitung der „Nürnberger Erklärung“ durch den VN-Generalsekretär an die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen werden offizielle Dokumente der Vereinten Nationen künftig auf die „Nürnberger Erklärung“ Bezug nehmen können. Die Bundesregierung erwartet, dass die Erklä-

rung nun in die weitere internationale Diskussion um Frieden und Gerechtigkeit einfließen und wichtige Akzente setzen wird.

Weitere Informationen

Sophie Kraume, BMZ
Sophie.Kraume@bmz.bund.de

Links & Literatur

Nürnberger Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit, Juni 2008

Internationale Konferenz „Frieden und Gerechtigkeit - Bausteine der Zukunft“

FriEnt-Spezial zur Nürnberg-Konferenz

Die Konferenz beschäftigte sich mit der auch für die Entwicklungspolitik wichtigen Frage, wie die Ziele Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit in Post-Konflikt-Ländern in Einklang gebracht werden können. Um die entwicklungspolitische Perspektive in die Konferenz einzubringen, hatte das BMZ zusammen mit FriEnt einen thematischen Workshop zu „Justice and Development“ ausgerichtet und finanziert sowie eine Reihe von Studien in Auftrag gegeben.

Im Abschnitt zu Entwicklungsförderung wird insbesondere darauf hingewiesen, dass der Abbau struktureller Konfliktursachen – wie der Mangel an sozialer Gerechtigkeit – entscheidende Aspekte von Friedenskonsolidierung und Entwicklungsförderung sind. Die Unterstützung für einen gerechten Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, wirtschaftlichen Ressourcen und Möglichkeiten sowie institutioneller Reformprozesse sind deshalb wichtige Ziele von Entwicklungsarbeit. Entwicklungsakteure sollten darüber hinaus bei der Ausarbeitung von Entwicklungsstrategien für die Nachkonfliktzeit auf Belange der Vergangenheitsbewältigung achten.

INEF: Gemeinsame Publikation mit der SEF zur Menschlichen Sicherheit

Menschliche Sicherheit spielt als eigenständiges Sicherheitskonzept seit mehr als einem Jahrzehnt eine wichtige Rolle in den politischen und wissenschaftlichen Debatten. Staaten wie Kanada und Japan haben das Konzept zum Leitmotiv ihrer Außenpolitik erhoben und fördern seine Verbreitung. Erstmals wird damit der einzelne Mensch – und nicht der Staat – zum Bezugspunkt von Sicherheit.

Links & Literatur

Cornelia Ulbert/Sascha Werthes (Hrsg.): Menschliche Sicherheit. Globale Herausforderungen und regionale Perspektiven (EINE Welt Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bd. 21), Baden-Baden, 2008

Der EINE Welt-Band 21 legt eine umfassende Bestandsaufnahme der bisherigen Auseinandersetzung mit dem Konzept menschlicher Sicherheit vor. Zugleich zielt er auf eine Weiterentwicklung des Konzepts und dessen Umsetzung ab. Menschliche Sicherheit wird dabei umfassend in ihren drei Dimensionen „Schutz vor Gewalt“, „Schutz vor Not“ und „Menschenrechtsschutz“ betrachtet. Die Beiträge untersuchen menschliche Sicherheit im ersten Teil aus einer kritischen, einer normativen und einer Gender-Perspektive. Im zweiten Teil wird aufgezeigt, welche Bedeutung die drei Dimensionen des Konzepts haben und welchen Beitrag zur menschlichen Sicherheit sie bereits leisteten bzw. künftig leisten könnten. Schließlich werden regionale Perspektiven auf menschliche Sicherheit vorgestellt, die erkennen lassen, wie unterschiedlich menschliche Sicherheit in den betrachteten Weltregionen konkretisiert wird.

Impuls

"Ownership with adjectives" – Geberharmonisierung zwischen EZ-Wirksamkeit und Demokratisierung

Die Auswirkungen der Geberharmonisierung auf Demokratisierungsprozesse und die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit stehen im Mittelpunkt eines Projekts des europäischen Forschungsinstituts FRIDE, in dem die Umsetzung der Vorgaben der Pariser Erklärung von 2005 hinterfragt wird. Das Forschungsdesign folgte einem Fallstudienansatz, bei dem FRIDE-Experten mit nationalen Forschungspartnern eine Beschreibung der polit-ökonomischen Situation in vier Empfängerländern (Mali, Nicaragua, Peru und Vietnam) erarbeiteten. Besonderes Augenmerk lag dabei auf dem „Dreieck der Kontrollorgane" – Parlamente, Organe der Verwaltungskontrolle und zivilgesellschaftliche Anhörung und Teilhabe. Stefan Meyer und Nils-Sjarde Schulz fassen die Ergebnisse des Forschungsprojekts in diesem Impuls-Artikel zusammen.

Mit der Paris Erklärung gehen nicht nur technische Erwartungen an eine besser koordinierte und effizientere Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und an die Systeme der Empfängerländer angepasste EZ-Modalitäten einher. Es tauchen auch Formulierungen auf, die eine Neudefinition sowohl der Geber-Partner-Beziehungen als auch des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft im Empfängerland andeuten. Während sich die Gebergemeinschaft hauptsächlich auf die technische Dimension einer wirksameren Zusammenarbeit konzentriert, wird in jüngster Zeit – sei es im Vorfeld des dritten High-Level-Forums in Accra oder in zivilgesellschaftlichen Debatten – immer öfter der „Geist von Paris" beschworen, also der demokratiepolitische Gehalt der EZ-Beziehungen. Jenseits von direkten Maßnahmen zur Demokratieförderung kommt die EZ in den Verdacht, grundsätzlich die Idee der demokratischen Teilhabe und Mitbestimmung zu verzerren, wenn die Regierungen der Partnerländer eher den Gebern, als ihrer Gesellschaft gegenüber Rechenschaft ablegen. Eine tiefergehende Analyse der politischen und institutionellen Dimensionen der EZ könnte jedoch dabei helfen, ungewollte Nebenwirkungen auf das politische System und die politische Kultur des Partnerlandes zu verhindern. Dafür aber müssten die EZ und ihre Strukturen so angepasst werden, dass sie demokratiewirksame gesellschaftliche Mobilisierung und staatliche Öffnung fördern.

Die Ergebnisse des FRIDE-Forschungsprojekts zeigen, dass – wenngleich „Paris" als neuer globaler Konsens gefeiert wird – die jeweilige lokale Aneignung recht unterschiedlich ist. So dominiert in Vietnam der Drang nach größerer Wirksamkeit in der Armutsbekämpfung gegenüber jedem Versuch, demokratische Öffnung jenseits des Einparteienstaats anzusprechen („starke Eigenverantwortung"). In Nicaragua hat der jüngste Regierungswechsel zu einem Verfall der Koordinierungs- und Dialogstrukturen, zu einer Schließung zivilgesellschaftlicher Räume und letztlich zu einer offenen Konfrontation zwischen Gebern und Regierung geführt („kontraproduktive Eigenverantwortung"). Die ausbleibende zivilgesellschaftliche Verteidigung des, ursprünglich konsensbasierten, nunmehr aber ad acta gelegten, nationalen Entwicklungsplans verdeutlicht dagegen, dass dieser auf einer mangelnden Aneignung – jenseits von mittlerweile nicht mehr bestehenden Regierungskreisen – basierte.

Links & Literatur

Erklärung von Paris zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, 2005

Ownership with adjectives. Donor Harmonisation: Between Effectiveness and Democratisation, FRIDE, 2008

In Mali werden Politiken nach wie vor von Gebern diktiert. Der präsidentielle Diskurs strebt eher nach politischer Sichtbarkeit als nach Ausbau der technischen Kompetenz des Beamtentums. Gleichzeitig werden Grauzonen in der Politikdefinition oft von lokalen Akteuren in zweiter Instanz der Implementierung ausgenutzt, um mehr Gestaltungsspielraum zu gewinnen („subversive Eigenverantwortung"). Peru zeichnet sich hingegen durch geringe Geberabhängigkeit und bis zur Verantwortungslosigkeit reichenden Fragmentierung der Akteure und Kanäle aus. Anpassung an die Systeme der Partner („alignment") wird durch die Regierung in Lima als Unterordnung der Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen an staatliche Pläne interpretiert. Dabei werden oftmals eher prestigeträchtige Regierungsprojekte als reguläre Versorgung zur Förderung vorgeschlagen. Nichtregierungsorganisationen, die in sensiblen Bereichen der sozialen Mobilisation (Bergbau oder der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen) tätig sind, wird damit potentiell die legale Grundlage entzogen.

Der Titel des Schlussberichtes „Ownership with adjectives" lehnt sich an die Entzauberung der demokratietheoretischen (und -praktischen) Euphorie an, die feststellen musste, dass die „dritte Welle" der Demokratisierung oftmals in hybriden Systemen wie „autoritärer Demokratie", „managed democracy" oder „souveräner Demokratie" steckenblieb. In gleicher Weise stellt das Forschungsprojekt fest, dass Eigenverantwortlichkeit („ownership") die Beteiligung der lokalen Bevölkerung in ganz unterschiedlicher Intensität bedeuten kann. Grundsätzlich wird der Einfluss von Gebern auf den innergesellschaftlichen Aushandlungsprozess des Sozialvertrags als gering eingeschätzt, andererseits führen aber gerade neue EZ-Instrumente – wie Budgethilfe – zu einer tendenziellen Stärkung der Regierung gegenüber dem Dreieck der Kontrollorgane. EZ-Agenturen und speziell ihre Länderbüros haben starken Nachholbedarf, um ihre Rolle in der politischen Ökonomie der Partnerländer fundierter analysieren zu können und auf dieser Basis den Einfluss auf nationale Demokratisierungsprozesse besser zu steuern.

FRIDE - *Fundación para las Relaciones Internacionales y el Diálogo Exterior* - ist ein unabhängiges europäisches Forschungsinstitut mit Sitz in Madrid. FRIDE arbeitet in den Bereichen Demokratisierung, Friedensförderung und Entwicklungspolitik.

Der Bericht schließt mit konkreten Empfehlungen an die Geber in ihrer organisatorischen Rolle als EZ-Agenturen, die sich zunehmend mit den politischen und institutionellen Dimensionen der Paris-Agenda konfrontiert sehen. Dies findet in fünf Dimensionen statt.

(1) **Analysekapazitäten**: Geber können sich nicht länger hinter ihrer „unpolitischen" Rolle verstecken und müssen polit-ökonomische Analyse mit in ihr Portfolio einbauen. Die Förderung von nationalen Forschungskapazitäten, insbesondere hinsichtlich staatlicher politischer Strategien, sei es akademisch oder zivilgesellschaftlich, könnte langfristig die Fähigkeit zu Politikformulierung und zu demokratischer Kontrolle in den Partnerländern selbst fördern. Bislang haben hier Geber einen durchweg negativen Einfluss, indem sie die besten Köpfe wegrekrutieren und grundsätzlich Experten aus dem eigenen Land bevorzugen.

(2) **Modalitätenmenü**: Während direkte Budgethilfe wegen der Stärkung der nationalen Systeme von vielen als implizit entwicklungsfördernd angesehen wird, braucht es komplementärer Maßnahmen, die die gesellschaftliche Kontrolle stärken. Sei es via Presse oder Parlament, sei es durch die Aufwertung der Rolle der Bürger als Nutzer öffentlicher Dienstleistungen (social accountability). Diese komplementären Programme sind oftmals unkoordiniert und es bietet sich an, diese zwischen den Gebern zu harmonisieren („voice & accountability SWAPs"). Aus-

stiegsklauseln aus Budgehilfearrangements im Falle von politischen Krisen sind nach wie vor undefiniert.

(3) **Institutionelle Aufstellung**: Mehr Entscheidungsfreiheit der Länderbüros und eine kompensatorisch engere Vernetzung zwischen Zentrale und Außenstellen sind Grundbedingung, um angepasster an die politische Wirklichkeit des Partnerlandes arbeiten zu können und flexibler auf politische Gelegenheiten reagieren zu können. Dennoch sollten gewisse Funktionen zentralisiert bleiben.

(4) **Personalentwicklung und -anreize**: Harmonisierung und die Berücksichtigung des politischen Kontextes braucht Zeit. Dies sollte honoriert werden. Es ist wichtig für die Organisationskultur, den steten Austausch zwischen Zentrale und Länderbüros zu fördern. Die Gewichtung von Regionalexpertise und professioneller Sektoridentität muss klug gemanagt werden. Nationale Mitarbeiter sollten stärker eingegliedert werden, insbesondere hinsichtlich der polit-ökonomischen Analyse.

(5) **Politischer Dialog**: Geber verstecken sich nach wie vor hinter vermeintlich technischen Agenden. Oftmals ist das Personal nicht mit genügend Werkzeug und Fertigkeiten ausgestattet, um den politischen Kontext - und die Rolle des Länderbüros in demselben - tiefgehend zu verstehen und mit der Programmdurchführung in Bezug zu setzen. Der Überschwemmung mit Projekten folgt eine neue Welle von Erhebungsinstrumenten und Indikatoren guter Regierungsführung. Geber müssen sich hier harmonisieren und die Nutzung des so produzierten Wissens über die institutionelle Qualität der innergesellschaftlichen Debatte zur Verfügung stellen.

Weitere Informationen

Stefan Meyer, FRIDE
smeyer@fride.org

Nils-Sjard Schulz, FRIDE
nschulz@fride.org

Stefan Meyer ist Senior Researcher für Entwicklung bei FRIDE. Zuvor arbeitete er unter anderem für die GTZ in Sierra Leone.

Nils-Sjard Schulz ist Senior Researcher für Entwicklung bei FRIDE und hat als unabhängiger Berater sowohl an der Evaluation als auch an dem Monitoring Survey 2008 der Paris Deklaration teilgenommen.

FriEnt Tipps & Info

Französische EU-Ratspräsidentschaft will ESVP stärken

Unter dem Motto „Ein schützendes Europa“ hat Frankreich die EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte übernommen. Einen Schwerpunkt der Präsidentschaft will der französische Staatspräsident Sarkozy auf den weiteren Ausbau und die Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) legen. Daneben finden sich auf der Agenda die Themen Energie und Klima, Agrarpolitik sowie Einwanderung. In der Entwicklungspolitik will sich Frankreich auf Ernähungssicherheit und ländliche Entwicklung, Anpassung an den Klimawandel, lokale Regierungen, Migration und Entwicklung sowie Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit konzentrieren.

Das Programm der französischen EU-Ratspräsidentschaft sieht die Verstärkung der militärischen Fähigkeiten und die Weiterentwicklung der militärischen und zivilen Instrumente der ESVP vor, die komplementär zu den vorhanden NATO-Strukturen erfolgen sollen. Frankreich verknüpft damit die EU-Präsidentschaft mit

der Absicht, in die militärischen Strukturen der NATO zurückzukehren. Nach dem irischen Nein zum Lissabon-Vertrag dürfte jedoch ein damit verbundenes Projekt, die Neuformulierung der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003, nur noch in Ansätzen durchführbar sein. Stattdessen soll der Europäische Rat im Dezember lediglich eine Aktualisierung der Sicherheitsstrategie verabschieden, um in die Bedrohungsanalyse neue Themen wie die Sicherheitsrisiken des Klimawandels, die Energiesicherheit oder die Folgen der Nahrungsmittelkrise aufzunehmen.

Außerdem will Frankreich die strategischen Partnerschaften mit NATO, UN und AU ausbauen. Bei letzterer soll vor allem die Umsetzung des Aktionsplans Frieden und Sicherheit der EU-Afrika-Partnerschaft vorangetrieben werden. Geographisch liegt der Schwerpunkt insgesamt aber eher auf den EU-Erweiterungskandidaten Kroatien und Türkei, auf den westlichen Balkanstaaten (insbesondere auf der Stabilität des Kosovo und der EULEX-Mission) sowie auf der Gründung der Mittelmeerunion in der Fortführung des Barcelona-Prozesses.

Links & Literatur

Webseite der französischen EU-Ratspräsidentschaft (deutsch)

Programm der französischen EU-Ratspräsidentschaft

18-Monatsprogramm der französischen, tschechischen und schwedischen Ratspräsidentschaft

Im Bereich Krisenprävention und ziviler Friedensförderung bleibt das Programm insgesamt vage. Auch das Arbeitsprogramm der Trio-Präsidentschaft von Frankreich, Tschechien und Schweden gibt nur wenige Hinweise. Explizite Erwähnung findet der Bereich hier in der erklärten Absicht, die Kooperation mit anderen multilateralen Organisationen (insbesondere der UN) auszubauen. Implizit wird durch die im Programm festgeschriebene weitere Umsetzung der EU-Kohärenzverpflichtungen und des „Europäischen Konsens für Entwicklung“ die Frage von Entwicklung und Sicherheit angesprochen.

Die EU und die Zivilgesellschaft in der Konflikttransformation

Eine Publikation des Microcon-Projekts beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen der Europäischen Union und zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Konflikttransformation. Das Briefing kommt dabei zu dem Ergebnis, dass die EU die Funktion und Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen in gewalttätigen Konflikten anerkannt hat, aber sich stärker als bisher der lokalen Zivilgesellschaft zuwenden müsse.

Ausgehend von den strukturellen Zielen der EU-Friedensförderung im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) analysiert die Autorin zunächst die Funktion und die Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen, um dann deren Einfluss und Wirksamkeit darzustellen. Sie stellt dabei fest, dass nicht nur „etablierte“ Organisationen, die Zugänge zu staatlichen Institutionen und Medien haben, effektiv arbeiten können, sondern gerade auch „nicht-etablierte“ Organisationen einen wesentlichen Beitrag zur effektiven Friedensförderung leisten können. Außerdem seien Legitimität und Professionalität, die Koordination von verschiedenen lokalen Organisationen und gute Beziehungen zu internationalen Akteuren für die Wirksamkeit der Arbeit ausschlaggebend.

Links & Literatur

Nathalie Tocci: The European Union, Civil Society and Conflict Transformation, Microconflict, 2008

Die EU stehe daher vor der Herausforderung, die geeigneten Akteure und Gruppen zu identifizieren, um deren Anstrengungen zur Konflikttransformation zu fördern und um ihre politische Rolle aufzuwerten. Außerdem sei fraglich, ob die ENP ihrem erklärtem Ziel nach einer Steigerung der Wirksamkeit der Aktivitäten der friedensfördernden Organisationen nachkommt oder vielmehr den Einfluss dieser Aktivitäten mindert.

„Roadmap to 1325“ – symbolischer Staffellauf durch Europa zur Umsetzung der UN-Resolution 1325

„Roadmap to 1325 – Women in Conflict Resolution“ hieß eine internationale Konferenz zu Frieden, Sicherheit und Pazifismus aus Geschlechterperspektive am 21. und 22. Juni 2008, die aus Anlass der EU-Ratspräsidentschaft Sloweniens in Ljubljana stattfand. Mit ihr wurde zugleich der symbolische Staffellauf des vom Deutschen Frauensicherheitsrat und dem Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung initiierte Projekt „Roadmap to 1325“ in Slowenien fortgesetzt.

Ziel war es, Friedensaktive und Regierungsvertreter und -vertreterinnen aus der Balkanregion untereinander, sowie auf EU-Ebene besser zu vernetzen. Eine Leitfrage der Konferenz lautete: Wie können Politik und Nichtregierungsorganisationen kooperieren und welches Modell ist für den Balkan nützlich? Hierbei ging es ebenso um die Frage der Umsetzung der UN-Resolution 1325 wie um die Frage der Aufarbeitung von Kriegstraumata. Außerdem wurde auf der Veranstaltung über geschlechterpolitischen Aktivismus in den verschiedenen Konfliktregionen des Balkans gesprochen und über tragfähige gemeinsame politische Projekte, auch in Hinblick auf Lobbyarbeit gegenüber der EU, diskutiert.

Links & Literatur

Roadmap to 1325

Am Ende der Konferenz wurde der Staffelstab weiter nach Frankreich übergeben. Im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft wird eine Veranstaltung vorbereitet, bei der die defizitäre Umsetzung der UN-Resolution 1325 in Frankreich im Zentrum stehen wird.

Aktionsplan zur Umsetzung geschlechtergerechter Friedenspolitik in Deutschland

Brauchen wir einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325? Dies war die Kernfrage, die am 18. Juni 2008 auf der Veranstaltung „Geschlechtergerechte Friedens- und Sicherheitspolitik im Spiegel von Bundesregierung und Frauensicherheitsrat“ in Berlin erörtert wurde. Hintergrund war der im Juni veröffentlichte Schattenbericht des Deutschen Frauensicherheitsrats zum Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Resolution 1325. Der Schattenbericht zieht dabei eine kritische Bilanz der Umsetzung der Resolution, welche die sogenannten drei „P’ s“ als verpflichtend vorgibt:

- Prävention von bewaffneten Konflikten durch Einbeziehung der Geschlechterperspektive in die Sicherheitspolitik,
- Partizipation von Frauen und Frauenorganisationen auf allen Ebenen, auch in höchsten Entscheidungsinstanzen, wenn es um Fragen von Friedens- und Sicherheitspolitik geht,
- Protektion insbesondere von Frauen und Mädchen in Konfliktregionen, vor allem vor sexualisierter Gewalt.

Die Veranstaltung, zu der Politikerinnen und Politiker aller Bundestagsfraktionen sowie des Auswärtigen Amtes eingeladen waren, erfolgte in Kooperation mit dem Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung. Ziel war es, sich über Strategien der Umsetzung aus den verschiedenen Perspektiven der Bundestagsfraktionen und der Zivilgesellschaft zu verständigen.

Fazit der Veranstaltung war: Es gibt keine grundsätzlichen Einwände auf Seiten der Politik in Bezug auf die Umsetzung der Resolution 1325, aber der Weg ist umstritten. Der Frauensicherheitsrat fordert hier einen nationalen Aktionsplan mit klaren Zielstellungen (Quoten) für einen bestimmten Zeitrahmen und im Kontext einer Gesamtstrategie mit Berichtswesen und Evaluation. Regelmäßige Berichte und Parlamentsdebatten sollten zur Messbarkeit der Umsetzung beitragen. Empfohlen wurden außerdem interne Gesprächskreise unter Einbeziehung zentraler Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und Institutionen, wie Verteidigungsministerium, Bundeswehr und relevanten Ausschüssen des Bundestages.

Weitere Informationen

Gitti Hentschel, Heinrich-Böll-Stiftung
Hentschel.Gitti@boell.de

Links & Literatur

Schattenbericht des Frauensicherheitsrats

UN-Resolution 1325

KOFF: Internet-Portal Gender and Peacebuilding

Initiative for Peacebuilding: Gender

Impressum

Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt)
c/o BMZ, Dahlmannstr. 4
53113 Bonn
www.frient.de

ISSN: 1861-8642

Redaktion: Marc Baxmann
Tel. +49-228-535-3447, Fax: +49-228-535-3799
Marc.Baxmann@bmz.bund.de

V.i.S.d.P: Natascha Zupan

Die FriEnt-Impulse erscheinen monatlich. Ein kostenloses Abo kann per Formular auf der FriEnt-Website bestellt werden. Die Inhalte der FriEnt-Impulse geben die Meinung des FriEnt-Teams bzw. der Autoren und nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitgliedsorganisationen wieder.